

Braucht der Aargau tiefere Firmensteuern?

Am Dienstag ist Showdown im Grossen Rat. Dann geht es um tiefere Firmensteuern und einen höheren Versicherungsabzug für natürliche Personen. Das Streitgespräch zwischen SP-Grossrätin Carol Demarmels und FDP-Fraktionschef Silvan Hilfiker zeigt, wie die Fronten in dieser umstrittenen Vorlage verlaufen.

Mathias Küng

Vorab die Fraktionen im Grossen Rat von SVP, FDP und Die Mitte wollen die Firmensteuern senken. Von links kommt vehemente Opposition. Morgen Dienstagnachmittag entscheidet der Grosse Rat an seiner letzten Sitzung des Jahres über eine entsprechende Vorlage. Im Streitgespräch, für das wir im Grossratsgebäude Gastrecht bekamen, prallen die unterschiedlichen Meinungen aufeinander.

Seit kurzem gilt im Aargau eine Steuerreform, die innovativen Firmen grosszügige Abzüge gewährt, etwa für Patentbox, Forschung und Entwicklung. So kann die Steuerbelastung bis auf 11 Prozent sinken. Trotzdem wollen die Bürgerlichen jetzt auch den Firmensteuersatz senken. Warum?
Silvan Hilfiker: Von Abzügen wie etwa der Patentbox profitieren nur relativ wenig Firmen. Der Kanton Aargau ist im Zuge der jüngsten Steuerrevisionen vieler Kantone vom Mittelfeld auf den 19. Platz abgerutscht. Wir müssen zurück ins Mittelfeld.

Wer profitiert von so einer Senkung?

Hilfiker: Rund 1300 grössere Firmen im Aargau zahlen hohe Steuern. Wenn sie entlastet werden, wird der Aargau konkurrenzfähiger, profitieren davon auch viele Zulieferfirmen. Das gibt letztlich mehr Arbeitsplätze. Ich verstehe nicht, dass die SP lieber in Kauf nimmt, dass noch mehr Menschen zur Arbeit aus dem Aargau wegedrängen müssen.

Carol Demarmels: Nur 5 Prozent der Firmen im Aargau profitieren von der

Vorlage, die restlichen 95 Prozent, welche den Grossteil der Arbeitsplätze bieten, gehen leer aus. Die UBS gibt dem Aargau als einem der wenigen Kantone das Prädikat «besonders wettbewerbsfähig», im Standortranking der CS sind wir auf dem fünften Platz. Beide Rankings weisen hingegen auf einen grossen Fachkräftemangel im Aargau hin.

Das Problem haben wir aber schon länger.

Demarmels: Ja, und hier gilt es anzusetzen. Kürzlich zog die Firma Oracle von Baden-Dättwil mit 170 Arbeitsstellen in den steuerlich teureren Kanton Zürich. Als Grund gab sie die unbefriedigende ÖV-Verbindung nach Dättwil und den Fachkräftemangel an. Das zeigt, statt Steuerausfälle von rund 2 Milliarden Franken bis 2030 zu provozieren, investieren wir besser in die Ausbildung neuer Fachkräfte.

Hilfiker: Die Steuereffizienz vom Aargau zu Zürich ist heute gering. Wäre sie grösser, wäre Oracle womöglich trotz unbefriedigender ÖV-Anbindung in Dättwil geblieben. Und wie kommen Sie auf 2 Milliarden Franken Mindereinnahmen wegen tieferer Firmensteuern? Den grösseren Anteil daran hat die Erhöhung des Versicherungsabzugs bei den Steuern.

Demarmels: Das stimmt doch nicht. Zählt man die Ausfälle bis 2030 zusammen, so bewirken die tieferen Firmensteuern Mindereinnahmen von rund 1 Milliarde Franken, die höheren Versicherungsabzüge von rund 900 Millionen Franken.

Hilfiker: Doch, das stimmt. Wenn man die dynamischen Effekte, die die tiefe-

re Gewinnsteuer auslösen werden, einrechnet, ist das ganz klar so.

Demarmels: Sie sagen das, als ob es sicher wäre, dass diese eintreten, das ist reine Mutmassung.

Was genau versprechen Sie sich denn von tieferen Firmensteuern, Herr Hilfiker?

Hilfiker: Dank tieferer Steuern bleiben mehr Firmen hier, bauen hier aus statt anderswo, ziehen weitere zu, die sonst nicht kämen. So werden die Mindereinnahmen mittel- und längerfristig wieder ausgeglichen. Wenn Sie diesen Effekt abstreiten, verkennen Sie die Realität, Frau Demarmels.

Demarmels: Sie reden von den dynamischen Effekten dieser Revision, die uns die Regierung verspricht. Aber selbst wenn diese immensen und unrealistischen Unternehmenszuzüge stattfinden würden, dauert es über 30 Jahre, damit die Mindereinnahmen der Firmensteuersenkung zu kompensieren. Die Ausfälle aus den Abzugserhöhungen blieben zusätzlich. Selbst Patrick Gosteli, Präsident der Gemeindeamänner-Vereinigung (GAV), bezeichnet die dynamischen Effekte als Kristallkugellesen.

Doch jetzt sagt die GAV Ja zur in der vorberatenden Kommission noch erweiterten Vorlage.

Demarmels: Leider ist der Vorstand auf die Besäftigungsstrategie des Kantons hereingefallen, die Gemeindeausfälle bis 2025 teilweise zu kompensieren. Aber eine Befragung deren Mitglieder hat gezeigt: Die Gemeinden sind besorgt über die Zeit nach 2025, wenn sie die Steuerausfälle selber kompensieren müssen, durch Steuererhöhungen oder Angebotskürzungen. Am Ende sind die Ausgleichszahlungen aber sowieso reine Kosmetik.

Warum?

Demarmels: Die Ausfälle bleiben dieselben, sie fallen dann einfach beim Kanton an. Der Kanton Luzern hat vor zehn Jahren genau das gemacht, was der Aargau jetzt will. Die dynamischen Effekte trafen nicht ein, das ist die Realität. Luzern musste Abbauprogramme schnüren, die Steuerzahlenden kamen zur Kasse.

Was würden Sie stattdessen tun?

Demarmels: Zum Beispiel, indem wir Mittel zur Unterstützung Jugendlicher beim Berufseinstieg und eben für Fachkräfteausbildung einsetzen. So wirken wir auch den erhöhten Werten der



Silvan Hilfiker

Silvan Hilfiker (41), ledig und in einer festen Partnerschaft, wohnhaft in Oberlunkhofen. Er ist seit April 2013 Grossrat. Er präsidiert die FDP-Fraktion im Grossen Rat, ist Group CEO Officer, Direktor, und langjähriges Mitglied der für diese Vorlage zuständigen Kommission Volkswirtschaft und Abgaben (VWA).

Jugendarbeitslosigkeit entgegen. Wir haben im Aargau zudem Hunderte hochqualifizierte Frauen, welche nicht mehr im Beruf sind, diese bergen hohes wirtschaftliches Potenzial für Unternehmen. Dafür bräuchte es aber gute Kinderbetreuungsangebote und flächendeckende Tagesschulen, wie es in Zürich umgesetzt wird.

Hilfiker: Luzern hat im Gegensatz zum Aargau damals die Firmensteuern auf einen Schlag massiv gesenkt. Wir senken sie massvoll, und zudem zeitlich gestaffelt, damit dies verkraftbar ist. In Luzern konzentrieren sich die Firmen um die Stadt herum, das Hinterland hat schlechte Karten. Im Aargau ist das anders.

Inwiefern?

Hilfiker: Nicht nur Baden und Aarau, alle unsere Regionen sind gut angebunden und eignen sich als Standorte für

Firmenzuzüge. Und für die Fachkräfteausbildung tut der Aargau viel. Zudem haben frühere Revisionen etwas gebracht. Bei den Firmen sind die Steuereinnahmen heute 50 Prozent höher als im Jahr 2000, bei den natürlichen Personen um 75 Prozent, gewiss auch dank Zuzügen.

Demarmels: Das ist auf eine gute Konjunkturlage und eben das Bevölkerungswachstum zurückzuführen. Wenn eine Firma zudem den Kanton wechselt, wechselt sie deshalb nicht auch automatisch alle Zulieferer. Blosse Gewinnverlagerungen schaffen keine Arbeitsplätze. Die Senkung ist auch falsch angesichts der internationalen Bemühungen gegen Firmensteuerrumpfung.

Was würden Sie tun?

Demarmels: Wir müssen an anderen Stellschrauben drehen. Nicht an denen, die viel kosten und kaum etwas nützen. Denn für vieles, sagen die Bürgerliche, haben wir kein Geld, jüngste Beispiele sind Halbklassenschwimmunterricht und 10 Franken Verpflegungsgeld pro Tag für Asylsuchende.

Hilfiker: Niemand sprach in der Asyldebatte davon, dass der Kanton sich das nicht leisten könnte. Doch zum Kanton selbst: Sein Haushalt ist saniert, er steht finanziell wieder gut da, er hatte jüngst hohe Überschüsse, hat Schulden abgebaut, ist strukturell gut aufgestellt.

Aber Corona erschwert doch die Planung ungemein?

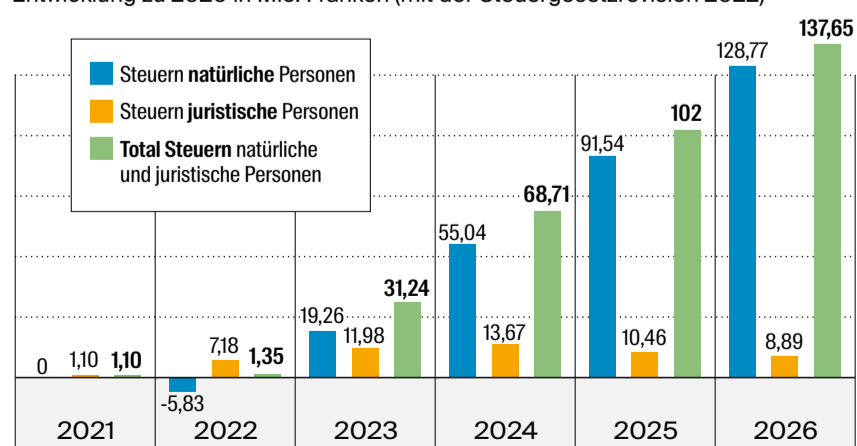
Hilfiker: Corona bringt grosse Unsicherheit, ja. Doch auch für 2021, im Jahr zwei der Pandemie, kündigt Finanzdirektor Markus Dieth einen hohen Überschuss an. In der Ausgleichsreserve sind über 700 Millionen Franken. Wir brauchen nicht alles zur Finanzierung der Steuersenkung, zudem ist es eine Investition in unser aller Zukunft.

Demarmels: Nein, Sie wollen diese Reserve plündern. Und das mitten in einer Pandemie, von der der Regierungsrat im Finanzplan mehrfach schreibt, die finanziellen Auswirkungen seien noch unklar. Wie wichtig Reserven sind haben wir nun hautnah miterlebt in den letzten zwei Jahren.

Hilfiker: Sie erläuterten, wie gut der Aargau eingeschätzt wird. Ja, wir sind beim CS-Standortranking auf Platz 5. Da waren wir aber mal auf Platz drei. Abgerutscht sind wir, weil wir für Firmen mit Gewinnen über 250 000 Franken zur Steuerhölle geworden sind.

Veränderung der Steuereinnahmen der Gemeinden

Entwicklung zu 2020 in Mio. Franken (mit der Steuergesetzrevision 2022)



Inklusive zusätzlicher Kompensationszahlung von 10 Mio. Fr. an die Gemeinden im Jahr 2022.

Quelle: Kanton Aargau / Grafik: mop

«Der Aargau ist im Zuge jüngster Steuerrevisionen vieler Kantone vom Mittelfeld auf den 19. Platz abgerutscht. Wir müssen zurück ins Mittelfeld.»

Silvan Hilfiker

FDP-Fraktionspräsident Grosser Rat

Silvan Hilfiker (FDP) und Carol Demarmels (SP) beim Streitgespräch im Grossratsgebäude.

Bild: Sandra Ardizzone



Demarmels: Ja, der Aargau ist bei der CS auf Rang fünf, bei der UBS ist er auf Rang 4 und hat damit sogar einen Platz wettgemacht seit 2019.

Hilfiker: Leider ist aber im CS-Standortranking der Trend für den Aargau sinkend.

Viele Bürgerliche würden die Firmensteuern gern noch weiter senken. Kommt bald ein weiterer Antrag, sollte der jetzige gutgeheissen werden?

Hilfiker: Persönlich würde ich gern weiter runtergehen. Doch man muss immer schauen, ob es zu verkraften ist. Eine Senkung auf 15,1 Prozent können wir verkraften. Damit senden wir auch ein positives Zeichen, dass wir die Differenz zu unseren Nachbarkantonen, bei denen alle ausser Zürich zum Teil deutlich unter unseren Ansätzen sind, verkleinern.

Apropos Zürich: Dort funktioniert es mit höheren Steuern als im Aargau. Warum nicht weiterhin auch hier?

Hilfiker: Zürich hat zusätzliche Standortvorteile, etwa als Universitätsstadt und mit dem Flughafen. Das müssen wir ausgleichen, um Firmen zum Beispiel auf dem Sisslerfeld ansiedeln zu können. Firmen rechnen genau und

«Was Firmen damit sparen, geht dann oft einfach an die Aktionäre. Und die Bürgerinnen und Bürger müssen am Ende die Ausfälle bezahlen.»

Carol Demarmels
Grossrätin SP

schauen, wo es sich lohnt, sich niederzulassen.

Demarmels: Der Flughafen wird als Standortfaktor als Folge der Pandemie völlig an Bedeutung verlieren, wir trumphen dafür mit vergleichsweise tiefen Land- und Immobilienpreisen. Zum Steuersatz: Handelskammer und Gewerbeverband haben klar gesagt,

dass sie noch weiter runterwollen. Aber bereits die jetzige Senkung hat für viele Gemeinden Steuerausfälle von fünf bis 10 Steuerprozent zur Folge. Aarau beispielsweise rechnet mit jährlich rund 5 Millionen Mindereinnahmen ab 2026.

Hilfiker: In den ersten drei Jahren gleicht der Kanton den Gemeinden zwei Drittel, im vierten Jahr einen Drittel der wegfallenden Firmensteuern aus. Dazu kommt für 2022 eine Einmalzahlung von 10 Millionen Franken und eine gewisse Garantie für weitere Zahlungen bis 2025, falls die Erwartungen nicht eintreffen. Die Gemeinden spüren aber die Erhöhung des Versicherungsabzugs. Da gibt es keine Kompensation vom Kanton, was richtig ist.

Sind die dynamischen Effekte Kristallkugellesen, Herr Hilfiker?

Hilfiker: Das ist keine exakte Wissenschaft. Aber die Experten von Kanton und von BAK Economics haben gewiss nicht ins Blaue hinein Zahlen geschätzt.

Demarmels: In der Vorlage erkenne ich nirgends irgendwelche datenbasierten, statistischen Prognoseverfahren. Die Erfahrung zeigt: Die Wirkung der Steuersenkung wird überschätzt. Was Firmen damit sparen, geht dann oft einfach an die Aktionäre. Und die Bürge-

Carol Demarmels

Carol Demarmels (43) ist seit Januar 2021 SP-Grossrätin, wohnhaft in Kirchdorf, Gemeinde Obersiggenthal. Dort ist sie auch Einwohnerrätin. Sie ist Diplomierete Mathematikerin ETH und Dozentin für Finanzmathematik und Business Analytics an der Fachhochschule Nordwestschweiz. Demarmels gehört der für diese Vorlage zuständigen Kommission Volkswirtschaft und Abgaben (VWA) an.

rinnen und Bürger müssen am Ende die Ausfälle bezahlen.

Hilfiker: Eben nicht! Eine grössere Firma kann dann mehr investieren. Das bringt Arbeitsplätze. Firmen die ich kenne, würden das so machen. Auch ein kluger Hausbesitzer kassiert nicht einfach, was er einspart. Er investiert in die Liegenschaft, sonst hat er irgendwann keine Mieter mehr. Es kann auch sein, dass eine Firma dank so einer Einsparung kein Personal abbauen muss. Das habe ich selbst schon erlebt.

Der Aargau will auf 15,1 Prozent runter, was Sie ablehnen, Frau Demarmels. Das mehrheitlich rot-grüne Basel ging sogar auf 13,0 Prozent. Kann Basel nicht rechnen?

Demarmels: Was in Basel resultiert, weiss man bis dato nicht. Wir wissen hingegen aus einer Studie, dass es in Luzern nicht funktioniert hat. Es sind zwar Firmen neu angesiedelt. In der Summe wurden deutlich weniger Steuern eingekommen, als wenn man beim ursprünglichen Steuersatz geblieben wäre.

Zur Vorlage gehört auch ein höherer Versicherungsabzug für natürliche Personen. Ist da die Einheit der Materie überhaupt gegeben?

Hilfiker: Ja. Jede Steuerrevision enthält mehrere Elemente. Kompromisse wie dieser machen unser System aus.

Demarmels: Was mich daran stört, ist, dass man der Bevölkerung mit dem höheren Abzug ein Zückerchen gibt, in der Hoffnung, dass sie die bittere Pille tieferer Firmensteuern schluckt.

Der höhere Abzug soll vorab den Mittelstand jährlich um 88 Millionen Franken entlasten. Bekämpfen Sie dies auch, Frau Demarmels?

Demarmels: Eine gewisse Berechtigung kann man dieser Erhöhung nicht absprechen. Mich stört, dass es sich um einen Pauschalabzug handelt, von dem Besserverdienende viel mehr profitieren als andere. Und am Ende müssen wohl auch hier die Mindereinnahmen durch Steuererhöhungen kompensiert werden – somit profitiert niemand.

Hilfiker: Ich staune. 2011 forderte die SP in einem Vorstoss genau so eine Erhöhung. Jetzt macht sie eine 180-Grad-Kehrtwende. Gewiss spart ein Doppelverdiener-Ehepaar damit mehr als jemand mit geringem Einkommen. Aber

bei tiefen Einkommen sind auch 100 Franken viel Geld.

Demarmels: Eine Alleinerziehende mit tiefem Lohn kann mit der Ersparnis mit den Kindern knapp in die Badi gehen und dort noch ein Glace essen, das Doppelverdiener-Ehepaar kann dank viel mehr Einsparung mit seinen Kindern in den Europapark mit Übernachtung. Und die Gemeinden müssen dafür allein jährlich auf 42 Millionen Franken verzichten.

Aber ist dieser höhere Steuerabzug für die Gemeinden so schlimm? Letztes Jahr erwirtschafteten sie zusammen einen Überschuss von 200 Millionen Franken.

Demarmels: Etliche Gemeinden budgetieren bereits ein Defizit, und haben mit hohen Schulden zu kämpfen. Anders als der Kanton haben die Gemeinden keine Reservekasse zum Ausgleich, und wir alle wissen nicht, was Corona noch bringt. Insbesondere kleine Gemeinden können auch keinen Ausgleich durch Firmenzuzüge erwarten.

Hilfiker: In den letzten Jahren jammer-te niemand, weil Kanton und Gemeinden dank dem viel zu tiefen Versicherungsabzug viele Millionen Franken zusätzlich eingenommen haben. Der Abzug wurde seit 2001 nie erhöht. Es ist höchste Zeit dafür. Das können die meisten Gemeinden verkraften.

Welche zum Beispiel?

Hilfiker: Zum Beispiel meine Wohn-gemeinde Oberlunkhofen. Sie erzielt regelmässig Überschüsse in Millionenhöhe. Die Revision macht davon lediglich einen Bruchteil aus. Natürlich steht Oberlunkhofen gut da. Doch wenn Gemeinden wegen des höheren Abzugs klagen, habe ich dafür kein Verständnis. Das ist längst überfällig.

Demarmels: Wenn man schon entlasten will, dann gezielt und nicht pauschal.

Wie?

Demarmels: Die Gemeinden müssen als Wohnorte attraktiv für Arbeitnehmende bleiben. Dazu braucht es zum Beispiel Mittagstische, Tagesstrukturen und ein attraktives, kulturelles urbanes Leben.

Hilfiker: Tagesstrukturen machen absolut Sinn. Ich finde aber, dass da auch die Wirtschaft in der Pflicht ist. Eine Firma, bei der ich im Vorstand bin, hat eine eigene Kinderkrippe. Ich wehre mich aber, alle Gemeinden zu Angeboten zu verpflichten, die dann womöglich nicht genutzt werden.

Zurück zur Vorlage selbst: Wenn diese am Dienstag im Grossen Rat so durchkommt, wie sie aufgegleist worden ist, ergreift Ihre Fraktion dann das Referendum?

Demarmels: Dann werden wir in der SP zusammen mit den Grünen und der EVP die Vorlage ablehnen und das Behördenreferendum ergreifen.

WWW.

Die Kontrahenten im Kurzvideo auf www.aargauerzeitung.ch

Darum geht es im grossen Steuerzwist

Steuerrevision Morgen Dienstag kommt die neueste kantonale Steuergesetzrevision zur entscheidenden zweiten Beratung in den Grossen Rat. Heute unterliegen Firmen mit einem Jahresgewinn über 250 000 Franken im Aargau einem Gewinnsteuersatz von 18,6 Prozent. Damit lag der Aargau lange im Mittelfeld der Kantone. Doch im Zuge der von EU und OECD verlangten Abschaffung gewisser kantonalen Steuerprivilegien korrigierten zahlreiche Kantone ihre Gewinnsteuersätze kräftig nach unten, und trotzdem attraktiv zu bleiben. Der Aargau konnte sich dies in der Steuervorlage 17 (die Haushaltsanierung war noch nicht abgeschlossen) nicht leisten, beschloss dafür hohe Abzüge für Patentbox, Forschung und Entwicklung. Innovative Firmen, die von den Abzügen voll profitieren, können auf eine Belastung von noch 11 Prozent kommen. Beim Gewinnsteuersatz ist der Aargau seither

aber der drittteuerste Kanton (vor Zürich und Bern). Weil aber viele Firmen von diesen Abzügen nicht profitieren können, soll der Aargau diesen Steuersatz ab 2022 in drei Jahresschritten auf 15,1 Prozent senken. So käme der Aargau wieder ins Mittelfeld der Kantone.

Der Kanton will die Einnahmefälle aus der mittlerweile über 700 Millionen Franken schweren Ausgleichsreserve decken. Zugleich will er den Gemeinden drei Jahre lang zwei Drittel, im vierten Jahr einen Drittel ihrer Steuerausfälle infolge der Gewinnsteuersenkung ausgleichen. Zusätzlich zahlt er ihnen 2022 10 Millionen Franken. Die vorberatende Kommission beantragt zusätzlich eine darüber hinausgehende finanzielle Absicherung der Gemeinden um weitere drei Jahre, sollten deren Steuereinnahmen in ihrer Gesamtheit wegen der Gesetzesrevision entgegen den Erwartungen der Verwaltung länger rückläufig sein.

Wo stehen umliegende Kantone? Laut Regierungsvorlage senkt BL die Gewinnsteuern etappiert bis 2025 auf 13,5%, BS senkte sie auf 13,0%, SO beschloss eine Senkung bis 2022 auf 15,9%, BE verharrt bei 21,6%, LU steht seit einigen Jahren bei 12,3%, ZG bei 12,1%, ZH steht demnach bei 19,7%.

Als Zweites soll schon 2022 der Versicherungsabzug für natürliche Personen bei den Steuern um 50 Prozent steigen. Dieser vorab für die Krankenkassenprämien relevante Abzug ist seit 2001 unverändert tief. Neu sollen Ehepaare 6000 (bisher 4000), alle anderen Steuerpflichtigen neu 3000 (bisher 2000) Franken jährlich abziehen können. Zwei Beispiele: Ein Ehepaar mit 100 000 Franken steuerbarem Einkommen zahlt dann 364 Franken weniger Kantons- und Gemeindesteuern, eine Alleinerziehende mit 50 000 Franken steuerbarem Einkommen zahlt 128 Franken weniger. (mku)

ANZEIGE

Genug geredet.
Unsere Anlageprodukte sind nachhaltig.

akb.ch/nachhaltiges-anlegen

Aargauische Kantonalbank